

Außer Kontrolle

Machtübernahme Saakaschwilis führt zu neuen Gefechten in Südossetien

Jahresbericht 2004

Georgien (Südossetien): Bewaffneter Konflikt

Beginn: 2004 (zuvor Krieg 1990-1992)

Beteiligte: Südossetische Rebellen / Georgien

Intervention zur Waffenstillstandsüberwachung: Regionale Friedenstruppe, OSZE

Nach mehr als zehn Jahren einer relativ stabilen Waffenruhe kam es im Sommer 2004 erneut zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen südossetischen Rebellen und georgischen Truppen, bei denen etwa 30 Menschen getötet und mehr als 80 verletzt wurden. Die Spannungen in der nordgeorgischen Provinz hatten sich seit dem Sturz des georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse im November 2003 verstärkt, da sich die neue Regierung in Tiflis von Anfang an entschlossen zeigte, die abtrünnigen Gebiete des Landes wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Südossetien hatte sich 1991 von Georgien unabhängig erklärt, war jedoch international nie anerkannt worden. In der nur 3.900 Quadratkilometer großen Provinz leben knapp 100.000 Menschen, zwei Drittel davon Osseten.

Rivalisierende Besitzansprüche der Georgier und Osseten auf das Gebiet an der Südgrenze der Russischen Föderation sind historisch tief verwurzelt und finden in der oft vollkommen widersprüchlichen Geschichtsschreibung beider Völker ihren Ausdruck: Während die Osseten behaupten, ihre Vorfahren hätten sich bereits im 12. Jahrhundert im Kaukasus niedergelassen, betrachten die Georgier sie als spät angesiedelte Minderheit ohne Anspruch auf besondere Rechte. Die Osseten, so die georgische Sichtweise, hätten Südossetien als neuen Siedlungsraum geschenkt bekommen, weil sie den Bolschewiken bei der Eroberung Georgiens halfen. Gemäß dem Stalinschen Prinzip „teile und herrsche“ wurde Südossetien 1922 zum Autonomen Gebiet innerhalb der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik, während Nordossetien wenige Jahre später den Status einer Autonomen Republik auf dem Gebiet der heutigen Russischen Föderation erhielt.

Im Zuge der Perestroika verstärkten sich Ende der achtziger Jahre die Spannungen zwischen Georgiern und Osseten: Die 1989 gegründete südossetische Nationalbewegung Adamon Nyhas („Stimme des Volkes“) warf der georgischen Regierung eine ungerechte Assimilierungspolitik vor, obwohl die Südosseten – im Gegensatz zu ihren Nachbarn im Norden – bis dahin weitgehende kulturelle und administrative Autonomie genossen hatten. Georgische Nationalisten verschärften die Situation, indem sie versuchten, Georgisch als alleinige Amtssprache im gesamten

Land einzuführen. Als Südossetien sich im September 1990 zur souveränen Sowjetrepublik erklärte und die Vereinigung mit dem angrenzenden Nordossetien anstrebte, hob die georgische Führung den autonomen Status der Provinz auf.

Milizen georgischer Nationalisten drangen daraufhin in das Gebiet ein, zerstörten rund 100 ossetische Dörfer und belagerten monatelang die südossetische Hauptstadt Zchinwali. Die in der Region stationierten sowjetischen Soldaten griffen zunächst nicht in die Kämpfe ein. Erst im Frühjahr 1991 schickte die russische Regierung Sondertruppen des Innenministeriums (OMON), um Südossetien bei der Verteidigung gegen den georgischen Angriff zu unterstützen. Darüber hinaus wurden die Separatisten von Freiwilligen der Konföderation der Bergvölker des Kaukasus, einem Bündnis nationaler Bewegungen nordkaukasischer Republiken, unterstützt. Die Gefechte zwischen den paramilitärischen Verbänden beider Seiten dauerten dennoch das ganze Jahr über an. Die Mehrheit der Georgier wurde aus Südossetien vertrieben, ihre Häuser wurden niedergebrannt. Auch zahlreiche Osseten flohen aus der Region, die meisten von ihnen nach Nordossetien.

Am 26. November 1991 erklärte das Parlament in Zchinwali die Unabhängigkeit Südossetiens von Georgien und bekräftigte seine Forderung, der Russischen Föderation beizutreten. Der georgische Präsident Swiad Gamsachurdia reagierte mit einem Dekret über die Einverleibung der Provinz in den georgischen Staat. Weil auf beiden Seiten kompromisslose Nationalisten regierten, gingen die Gefechte in der ersten Hälfte des Jahres 1992 mit unverminderter Härte weiter. Zchinwali stand unter ständigem Beschuss der georgischen Nationalgarde. Erst das entschlossene Eingreifen Russlands, das angesichts der immer angespannteren Lage auf seinem eigenen Territorium im benachbarten Nordkaukasus eine weitere Eskalation verhindern wollte, führte im Sommer 1992 zu einem Ende der Kämpfe. Insgesamt wurden bei den bewaffneten Auseinandersetzungen 1991 und 1992 etwa 900 Menschen getötet.

Im Waffenstillstandsabkommen von Dagomys vereinbarten der russische Präsident Boris Jelzin und sein georgischer Kollege Schewardnadse im Juni 1992, die Kriegsparteien zu trennen und einen 15 Kilometer breiten Sicherheitskorridor einzurichten. Außerdem sollten alle in Südossetien stationierten russischen Einheiten abgezogen und durch eine gemeinsame Friedenstruppe unter russischem Kommando ersetzt werden. Laut Vertrag sollte diese 1.500 Mann starke Truppe zu je einem Drittel aus russischen, georgischen und (nord- und süd-)ossetischen Soldaten bestehen. Tatsächlich ist das russische Kontingent allerdings mit 700 Mann nicht nur am größten, sondern auch am besten ausgerüstet und ausgebildet. Auch viele der ossetischen Soldaten werden von Moskau finanziert, so dass die prorussischen beziehungsweise proossetischen Kräfte deutlich dominieren. Die Rekrutierung ortsansässiger Osseten und Georgier führte außerdem dazu, dass sich die so genannte Friedenstruppe zu einem großen Teil aus denjenigen zusammensetzt, die wenige Monate zuvor noch gegeneinander gekämpft hatten. Sie engagierten sich in den folgenden Jahren weniger für die Stabilisierung der Region als in kriminellen Geschäften. Schwarzhandel und Drogenschmuggel über die russische Grenze nahmen erheblich zu – Georgier, Osseten und Russen teilen sich dabei bis heute enorme Profite,

Neben der gemeinsamen Friedenstruppe wurde bereits im Dezember 1992 eine OSZE-Mission in Tiflis eingerichtet. Sie überwacht den Waffenstillstand und soll Verhandlungen über eine endgültige politische Regelung des Konflikts unterstützen.

Wichtigstes Forum dabei ist seit November 1994 die so genannte Gemeinsame Kontrollkommission aus Vertretern Georgiens, Russlands sowie Nord- und Südossetiens. Dieses Gremium ist jedoch, genau wie die Friedenstruppe, nur bedingt zur Konfliktlösung geeignet, da Russland auch hier mit der – sicheren – Zustimmung der ossetischen Delegationen jeden georgischen Vorschlag blockieren kann. Einen Plan der OSZE über Autonomierechte für Südossetien lehnten die Konfliktparteien im Sommer 1995 ab. Wenig später vereinbarten sie jedoch erste vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. 1997 wurde ein Memorandum unterzeichnet, in dem sich die Regierungen in Tiflis und Zchinwali erneut für eine friedliche Regelung des Konflikts aussprachen und zur Entmilitarisierung des Gebiets verpflichteten.

Keines der seit dem Krieg verabschiedeten Dokumente – einschließlich des Waffenstillstandsabkommens von 1992 – berührte jedoch die Frage des politischen Status' Südossetiens. Die Ursache des Konflikts wurde ausgeklammert als es darum ging, die kämpfenden Parteien voneinander zu trennen. Bewaffnete Auseinandersetzungen konnten dadurch allerdings nur so lange verhindert werden wie die georgische Regierung unter Schewardnadse gewillt war, den Konflikt in diesem „eingefrorenen“ Zustand zu belassen. Nach der Machtübernahme Michail Saakaschwilis im November 2003 haben sich die politischen Prioritäten geändert. Erklärtes Ziel der neuen Regierung ist es, die separatistischen Regionen wieder der Kontrolle der Zentralmacht zu unterstellen. Einen ersten Machtkampf um das autonome Gebiet Adscharien im Südwesten des Landes entschied Tiflis Anfang Mai 2004 für sich.

Wenige Wochen später verriegelten georgische Sicherheitskräfte die administrative Grenze zu Südossetien und errichteten dort zusätzliche Kontrollposten – vorgeblich im Kampf gegen Drogen- und Waffenschmuggel. Außerdem wurde der Ergneti-Markt, der größte Umschlagplatz für illegal ins Land gebrachte Waren, geschlossen. Der Schwarzhandel durch den Roki-Tunnel, der Georgien mit der Russischen Föderation verbindet, ist für die Mehrheit der südossetischen Bevölkerung die größte Einnahmequelle. Beobachter sahen in den Maßnahmen der georgischen Regierung deshalb das Ziel, die Separatisten durch wirtschaftlichen Druck in die Knie zu zwingen. Dafür sprachen auch Versuche Saakaschwilis, die lokale Bevölkerung durch kostenlose Nahrungs- und Düngemittelverteilungen und zusätzliche Pensionen für sich zu gewinnen – womit er jedoch scheiterte.

Angeblich als Antwort auf russische Drohungen, die georgischen Kontrollposten zu zerstören, verlegte Tiflis Ende Mai 2004 300 Spezialkräfte des Innenministeriums sowie Panzer und Artillerie an die südossetische Grenze. Die Russische Föderation reagierte darauf ebenfalls mit der Stationierung von Schützenpanzern, schweren Waffen und zusätzlichen Kämpfern. Sowohl Tiflis als auch Moskau bezeichneten ihre Truppenbewegungen dabei als reguläre Nachschubaktionen für die Friedensstreitkräfte. Die südossetische Führung wurde zudem verdächtigt, Söldner aus dem Nordkaukasus zu rekrutieren – und behauptete ihrerseits, georgische Paramilitärs („Waldbrüder“), die bereits im Krieg gegen Abchasien gekämpft hatten, würden sich in der Region aufhalten.

Die Situation spitze sich zu, als georgische Truppen im Juni und Juli 2004 mehrere Male russische Militärkonvois stoppten und einige hundert Raketen beschlagnahmten. Südossetische Rebellen drangen daraufhin Anfang Juli in das georgisch besiedelte Dorf

Wanati ein und nahmen rund 40 georgische Soldaten als Geiseln. Bei sporadischen Gefechten kamen in den nächsten Wochen mehr als zehn Kämpfer ums Leben, etwa 30 wurden verletzt. Der georgische Präsident Saakaschwili verschärfte die Lage Ende Juli mit der Ankündigung, den Dagomys-Vertrag von 1992 zu annullieren, falls dieser es verbiete, „die georgische Flagge in Südossetien zu hissen“. Die Regierung in Moskau hielt dagegen, notfalls zum Schutz ihrer Staatsbürger in der Krisenregion zu intervenieren, da die Mehrheit der Südosseten russische Pässe besitze.

Am 13. August vereinbarten Vertreter Georgiens, Russlands sowie Nord- und Südossetiens in der Gemeinsamen Kontrollkommission einen Waffenstillstand. Er sah den Abzug aller illegalen bewaffneten Gruppen aus der Konfliktregion und die Einrichtung zusätzlicher Kontrollposten vor. Wenige Tage später eskalierten die Spannungen dennoch erneut. Bei den heftigsten Gefechten seit dem Ende des Krieges 1992 kamen innerhalb einer Woche fast 20 georgische Soldaten ums Leben, mehr als 50 wurden verletzt. Die Zahl der Opfer auf südossetischer Seite ist nicht bekannt. Obwohl die georgische Armee in diesen Tagen strategisch wichtige Höhen um die südossetische Hauptstadt Zchinwali eroberte, gab Präsident Saakaschwili am 20. August den Befehl zum Rückzug. Er beugte sich damit höchstwahrscheinlich russischem und US-amerikanischem Druck und musste sich von einigen georgischen Politikern den Vorwurf gefallen lassen, zu schnell nachgegeben zu haben.

Doch auch nach dem Abzug der georgischen Truppen kam es immer wieder zu Schusswechseln und Angriffen auf die Friedenstruppe. Mitte Oktober wurden dabei mehrere Soldaten getötet. Sowohl Georgien als auch Südossetien machten nach den heftigen Kämpfen im August eine „dritte Kraft“ für die Unruhen verantwortlich. Je nach Sichtweise soll diese aus 15 bis 20 gut ausgerüsteten nordkaukasischen Söldnern (Georgien) oder aber aus georgischen Paramilitärs (Südossetien) bestehen, die auf beiden Seiten in die bewaffneten Auseinandersetzungen eingreifen, um einen großflächigen Krieg zu provozieren.

Die georgische Regierung bemüht sich seit dem Beginn der Kämpfe im Sommer, die internationale Gemeinschaft stärker in die Konfliktlösung in Südossetien einzubinden – bislang allerdings vergeblich. Tiflis fordert unter anderem eine Internationalisierung der Friedenstruppen und die Ausweitung des OSZE-Mandats auf die Kontrolle des Warenverkehrs an der russischen Grenze, um Waffenlieferungen an die Rebellen zu verhindern. Sowohl Russland als auch Südossetien weigern sich jedoch strikt gegen gemeinsame Grenzposten am Roki-Tunnel, über den die Hauptschmuggelroute führt. Sie werfen der OSZE einseitige Parteinahme für die georgische Seite vor und sperren sich gegen eine von Georgien geforderte internationale Konferenz zur Lösung des Konflikts. Auch das lange geplante und mehrmals verschobene Treffen des georgischen Premiers Surab Schwania mit dem de facto-Präsidenten Südossetiens, Eduard Kokoity, am 5. November brachte keine Einigung in diesen Fragen.

Obwohl sich die Lage in Südossetien 2004 deutlich verschlechtert hat, ist eine friedliche Lösung des Separationskonflikts im Südkaukasus nicht unwahrscheinlich. Denn weder Russland noch Georgien können durch eine Eskalation der Gewalt gewinnen: Die russische Regierung fürchtet erneute Kämpfe in Südossetien, weil sie die ohnehin höchst fragile Lage im Nordkaukasus gefährden. Außerdem verhindert Moskaus rigoroses Vorgehen in Tschetschenien inzwischen eine allzu offene Unterstützung der südossetischen Separatisten. Die Regierung in Tiflis wiederum ist

ebenfalls zu einer gemäßigten Position gezwungen, wenn sie die für ihr Land essentielle Unterstützung westlicher Staaten bei der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung nicht verlieren will.

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Bischof, Henrik: Georgien: Gefahren für die Staatlichkeit, Bonn, 1995 (el. Version: <http://www.fes.de/fulltext/aussenpolitik/00023.html>)

CSCE Mission to Georgia: Draft proposal on a future political status for South-Ossetia, Tbilisi 1994

International Crisis Group: Georgia: Avoiding war in South Ossetia, Tbilisi 2004

Saldadze, Malkhaz: Defrosting the conflict in Tskhinvali: Is the "Revolution of Roses" still going on?, in: Central Asia and the Caucasus, Nr. 5 (29) 2004, S. 40-45

<http://www.osce.org/georgia> (OSZE-Mission in Georgien)

<http://www.eurasianet.org> (Central Eurasia Network des Open Society Network)

<http://www.civil.ge> (Online Magazine Civil Georgia)

<http://www.iwpr.net> (Institute for War and Peace Reporting)

ENDE

Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Er darf ohne Genehmigung der Autorin nicht weiterverwertet werden. Insbesondere darf er nicht ganz oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden.